

2/2026

Ökologie & EUROPA

ödp



Magazin zur politischen Arbeit von Manuela Ripa –
Europaabgeordnete der Ökologisch-Demokratischen Partei



Gesetz zum Schutz von Katzen & Hunden
Papst-Audienz im Vatikan
Zoll für Artenschutz
Frauengesundheit im Fokus
Gesunde Ernährung
Earth Overshoot Day 2026

Seite 4

Seite 8

Seite 11

Seite 13

Seite 13

Seite 15

Liebe Leserinnen und Leser,

ich freue mich sehr, Euch die zweite Ausgabe der Ökologie & Europa des Jahres 2026 vorzustellen. Ein besonderer Meilenstein in diesem Frühjahr war die **Verabschiedung der neuen EU-Verordnung zum Schutz von Katzen und Hunden**, an der ich als Berichterstatte-rin des Umweltausschusses ENVI mitgearbeitet habe. Das Gesetz setzt erstmals europaweite Standards für Zucht, Handel und Haltung. Damit stärkt Europa den Schutz von Millionen Tieren, hilft überlasteten Tierheimen und sagt dem illegalen Handel und tierquälerischen Welpenfabriken den Kampf an. Dass die neuen Regeln viel ehrgeiziger sind als zunächst geplant, ist ein Sieg der ÖDP - ein schönes Beispiel, wie eine kleine, hartnäckige Partei Großes bewirken kann!

Ein bewegender Moment meiner parlamentarischen Arbeit war die **Audienz bei Papst Leo XIV.** in Rom, an der ich im April gemeinsam mit meiner christdemokratischen Fraktion EVP teilgenommen habe. Seine Ausführungen über Verantwortung, Nachhaltigkeit und globale Gerechtigkeit haben mich beeindruckt. Auch ich hatte eine Nachricht an Papst Leo im Gepäck, die hoffentlich Eindruck hinterlassen hat: Die Enzyklika *Laudato Si'* von 2015 mit ihrer ganzheitlichen ökologischen Perspektive, die Umwelt- und Naturschutz mit sozialer Gerechtigkeit verbindet, muss dringend weiter in den Vordergrund gerückt werden!

Zurück zum Tier- und Artenschutz: Bei einem **Besuch beim Frankfurter Zoll** Ende Februar habe ich mir ein Bild darüber gemacht, wie entscheidend die Arbeit der Behörden im Kampf gegen

den illegalen Handel mit geschützten Arten ist. Vom Kaiserskorpion bis zum Kroko-Schuh – der internationale Artenschmuggel hat erschreckende Dimensionen angenommen, gerade im Internet-Zeitalter. Europa muss bei Kontrolle und Zusammenarbeit dringend nachschärfen - mehr dazu in diesem Heft.

Neben Umwelt- und Artenschutz nimmt diese Ausgabe auch ein zentrales Thema der öffentlichen Gesundheit in den Blick: **Frauengesundheit.** Das Thema rückt zunehmend in den Fokus der Politik, doch noch immer gibt es in der medizinischen Forschung und Versorgung erhebliche Lücken bei den spezifischen Bedürfnissen von Frauen. Vor diesem Hintergrund habe ich im März eine Veranstaltung im Europaparlament in Brüssel organisiert, die Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Forschung und Praxis zusammengebracht hat.

Um das wichtige Thema **Gesunde Ernährung und deren Bezahlbarkeit** ging es bei einer zweiten von mir organisierten Konferenz. Sie ist eine Frage des individuellen Lebensstils - aber hängt auch entscheidend von strukturellen Faktoren wie Preisgestaltung, Verfügbarkeit und Vermarktung ab. In einem Umfeld, in dem ungesunde Produkte oft günstiger und leichter verfügbar sind, wird die gesunde Wahl zur schwierigeren!

Besonders gefreut habe ich mich über ein Treffen mit engagierten Schülerinnen und Schülern in Brüssel, bei dem wir das Thema **Planetare Grenzen** diskutiert haben. Anlass war der „Erdüberlastungstag“, der in diesem Jahr in Europa schon auf den 3. Mai fiel. Als Präsidentin von GLOBE EU, einer



fraktionsübergreifenden Parlamentariergruppe, die sich intensiv mit Themen rund um nachhaltiges Wirtschaften auseinandersetzt, ist das Wirtschaften in planetaren Grenzen eines meiner Kernthemen. Mit großer Leidenschaft und Ernsthaftigkeit haben sich die Schülerinnen und Schüler mit drängenden politischen Problemen und Fragen beschäftigt: fossile Subventionen, schwache Klimaziele, fehlende Kreislaufwirtschaft, „Fast Fashion“ und viele Themen mehr, zu denen wir als Abgeordnete Rede und

Antwort standen. Mehr Informationen zu meinem Engagement für ein ökologisches und demokratisches Europa gibt es wie immer auf meiner Webseite und meinen Social-Media-Kanälen. Ich wünsche Euch eine interessante Lektüre.

Herzlichst

Manuela Ripa

Eure Manuela Ripa

Kontakt Manuela Ripa:

-  www.manuela-ripa.eu
-  Facebook: @ripamanuela
-  Instagram: @manuela.ripa
-  Bluesky: @manuelaripa.bsky.social
-  Mastodon: @manuelaripa
-  LinkedIn: manuela-ripa-726437343
-  Youtube: @ManuelaRipa_MdEP



✓ geschafft

Gesetz zum Schutz von Katzen & Hunden

Ein super Erfolg für die ÖDP

Nach zweijährigen Diskussionen hat das Europaparlament das neue Gesetz zum Schutz von Katzen und Hunden verabschiedet. Es will Tierheimen helfen, illegalen Tierhandel bekämpfen und die Standards bei Zucht und Haltung erhöhen. Die ÖDP-Abgeordnete Manuela Ripa war im Europaparlament die treibende Kraft hinter den Regeln.

Tierheime und Tierschutzverbände in Europa sind am Limit. Besonders schwierig ist die Lage für Katzen: Mehrere Millionen Straßenkatzen leben allein in der Bundesrepublik, Tendenz steigend. In einer Umfrage des Deutschen Tierschutzbundes berichteten so gut wie alle befragten Tierschutzverbände, nicht genug Platz zu haben für die vielen Fundkatzen. Die Situation ist dramatisch, vor allem in größeren Städten.

Ein neues EU-Gesetz soll jetzt dringend benötigte Unterstützung bringen: Das EU-Parlament in

Straßburg hat am 28. April 2026 final die neue Verordnung zum Schutz von Hunden und Katzen verabschiedet. Nach den mehr als zweijährigen Diskussionen herrscht bei Tierschützern Freude und Erleichterung. „Die Unterstützung von Tierheimen war eines unserer wichtigsten Ziele“, berichtet die Europaabgeordnete Manuela Ripa (ÖDP). Als zuständige Berichterstatterin des Umweltausschusses war sie im Europaparlament die treibende Kraft hinter den neuen Regeln.

„Tierheime und Tierschutzverbände leisten jeden Tag Großartiges“, sagt Ripa. Aber allein über schmale Finanzierung, Spendengelder und ehrenamtlichen Einsatz lässt sich das nicht stemmen.“

Als Kern des neuen Gesetzes erkämpften die Parlamentarier um Ripa eine allgemeine Chip- und Registrierungspflicht: Alle privat gehaltenen Hunde und Katzen müssen künftig gechippt und in einer nationalen Datenbank angemeldet werden. Die Datenbanken aller EU-Länder werden miteinander verknüpft. So lässt

sich lückenlos nachvollziehen, wem ein Tier gehört und woher es kommt, im Zweifel auch über Grenzen hinweg.

Diese Rückverfolgbarkeit entlastet Tierheime erheblich. 20 bis 30 Euro kostet die Unterbringung eines einzelnen Tiers - jeden Tag. Die Kosten für medizinische Versorgung sind hier noch gar nicht dabei. Tierheime und Kommunen sparen, wenn sie Fundtiere schnell wieder dem Besitzer zuordnen können. Zudem dürfte die Hemmschwelle erheblich steigen, ein Tier einfach auszusetzen. Eine solche Tat verursacht Leid, mitunter sogar tausendfaches. Eine weibliche unsterilisierte Katze kann innerhalb von 5 Jahren über 12.000 Nachkommen produzieren.

Ein weiteres wichtiges Ziel des neuen Gesetzes: der Kampf gegen den illegalen Tierhandel, in Europa ein Milliardengeschäft. Auch hier hilft die grenzüberschreitende Rückverfolgbarkeit aufgrund der Chip- und Registrierungspflicht. Gerade der Online-Handel, über den inzwischen 60 Prozent aller Tierkäufe ablaufen, soll dadurch transparenter werden. „Indirekt dürfte dies wiederum auch den Tierheimen helfen“, sagt Ripa. „Konfiszierte Tiere aus illegalen Geschäften gelangen häufig in Tierheime. Auch kommt es leider vor, dass kranke Tiere aus illegalem Handel vom Käufer ins Heim abgegeben werden, etwa wegen der medizinischen Kosten.“

Neben der Rückverfolgbarkeit enthält die neue Verordnung verschärfte Regeln für Zuchtbetriebe und Händler. Künftig gelten strengere Vorgaben für Haltung, Zucht und den Umgang mit Tieren, etwa hinsichtlich der Unterbringung, der Hygiene und der ärztlichen Versorgung. Auch die Qualzucht wird sehr stark eingeschränkt, unnötige „Schönheits“-Eingriffe wie das Kupieren des Schwanzes werden verboten. „Kaum zu glauben – auf unserem so fortschrittlichen Kontinent gab es bisher keine einheitlichen Regeln für Katzen und Hunde“, sagt Ripa.

Jetzt ist Deutschland am Zug

Mit der EU-Vorlage ist die Arbeit allerdings noch längst nicht getan, wie die ÖDP-Politikerin unterstreicht. Denn die EU-Verordnung erlaubt es einzelnen Ländern, national strengere Regeln einzuführen. „Davon sollte Deutschland unbedingt Gebrauch machen“, fordert Ripa. Beim Chippen und Registrieren sieht die EU-Regelung Übergangsfristen von bis zu zehn Jahren für privat gehaltene Hunde und 15 Jahren für privat gehaltene Katzen vor. „Unsere Tierheime können nicht so lange warten. Viele Bundesländer und Kommunen haben die Chip-Pflicht längst umgesetzt. Deutschland sollte sie flächendeckend einführen, sobald das EU-Gesetz in Kraft ist.“ Für die Eindämmung des Streuner-Problems seien außerdem lokale Maßnahmen nötig,



die das Chippen und Registrieren der Tiere ergänzen. „Wir brauchen Kastrationsprogramme, die von der öffentlichen Hand angemessen finanziert werden“, verlangt Ripa. Auch eine Kastrationspflicht für Freigängerkatzen sei sinnvoll. Generell müssten Bund, Länder und Kommunen dafür sorgen, dass Tierheime die nötigen Mittel für ihre wertvolle Arbeit bekämen.

„Die EU-Verordnung hat dafür den Boden bereitet, sie schafft den Rahmen für ihre Unterstützung. Jetzt ist Deutschland gefragt, die Chance für mehr Tierschutz zu nutzen“, so Ripa.

Audienz bei Papst Leo XIV.: Eine besondere Begegnung

Im Rahmen zweier Studientage der EVP-Fraktion in Rom hatte ich am 25. April 2026 die Ehre, an einer Audienz bei Papst Leo XIV. teilzunehmen. Es war ein Moment, der mich tief bewegt hat – nicht nur spirituell, sondern auch politisch. In der Audienz und vielen anderen Gesprächen, die wir in Rom führen konnten, wurde mir eines noch einmal sehr deutlich: Europa lebt von seinen Werten. Und diese Werte sind nicht selbstverständlich. Sie müssen geschützt, verteidigt und immer wieder neu mit Leben gefüllt werden.

Kürzlich haben wir verstörende Bilder gesehen: Donald Trump, der sich mithilfe Künstlicher Intelligenz selbst als Christus inszeniert. Viele empfinden das als Blasphemie. Doch für mich geht es um mehr. Es ist eine politische Gefahr.

Wenn Politik beginnt, sich religiös zu überhöhen, wenn Macht sich selbst sakralisiert, dann verlieren wir beides: die Würde der Religion und die Verantwortung der Politik. Genau darüber haben wir in Rom intensiv gesprochen.

Klare Trennung – klare Verantwortung

Eine meiner zentralen Botschaften nach dieser Reise ist daher: Politik und Religion müssen getrennt bleiben. Politik darf Religion nicht instrumentalisieren. Ihre Aufgabe ist es vielmehr, den Raum zu schützen, in dem Menschen glauben können – frei, friedlich und ohne Angst. Das ist Religionsfreiheit. Und das ist ein Kern Europas.

Europa ist geprägt vom christlichen Menschenbild, von der unantastbaren Würde jedes Einzelnen und von der Verantwortung für die Schöp-

fung. Gleichzeitig ist Europa offen – für andere Religionen, für andere Überzeugungen. Genau diese Offenheit macht unsere Stärke aus.

Nächstenliebe ohne Hierarchie

Besonders deutlich wurde diese Haltung in der Auseinandersetzung mit Positionen aus den USA. So hat etwa JD Vance versucht, das Prinzip der Nächstenliebe in eine Rangfolge zu bringen: zuerst die Familie, dann das eigene Land – und erst am Ende alle anderen.

Doch Papst Leo XIV. hat darauf eine klare Antwort gegeben: Nächstenliebe kennt keine Hierarchie. Sie gilt allen Menschen – ohne Abstufung. Genau hier verläuft die entscheidende Grenze zwischen einer offenen Gesellschaft und einer Politik, die Religion zur Ausgrenzung nutzt.

Der ökologische Auftrag

Ein weiterer Aspekt war mir persönlich besonders wichtig: der ökologische Auftrag der Kirche. Bereits Papst Benedikt XVI. hat betont, dass der Schutz der Schöpfung eine moralische Verpflichtung ist. Papst Franziskus hat diese Botschaft mit seiner Enzyklika *Laudato Si'* weiterentwickelt.

Diese Enzyklika steht für eine ganzheitliche Ökologie, die Umwelt- und Naturschutz, soziale Gerechtigkeit und die Verantwortung für kommende Generationen untrennbar verbindet. In Zeiten von Klimakrise, Artensterben und



knapper werdenden Ressourcen ist das aktuell denn je.

So war es mir ein besonderes Anliegen, an Papst Leo XIV. direkt heranzutragen, die ganzheitliche ökologische Perspektive der Enzyklika *Laudato Si'* weiter zu verfolgen.

Im Europäischen Parlament arbeite ich derzeit gemeinsam mit der Europäischen *Laudato Si'*-Allianz an einer Veranstaltung, die genau diesen Zusammenhang beleuchtet. Grundlage ist eine Studie der Deutschen Bischofskonferenz zur Verbindung von Ernährungssicherheit, Klimaschutz und Biodiversität. Sie zeigt, was wir dringend brauchen: die Verbindung von ethischen Werten und konkreter Gesetzgebung.

Für uns als ÖDP ist dieser Weg klar. Wir stehen für die Bewahrung der Schöpfung, für Nachhaltigkeit und Verantwortung. Gleichzeitig stehen wir für Freiheit, Menschenwürde und Frieden. Diese Werte gehören zusammen – sie dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Politik in der Verantwortung

Die Audienz fand in einer Zeit statt, in der gerade aus den USA auch Druck auf den Vatikan ausgeübt wird. Namen wie Marco Rubio stehen exemplarisch für Versuche, Religion politisch

zu vereinnahmen. Doch Papst Leo XIV. hat hier eine klare Grenze gezogen: Kirche ist keine verlängerte Werkbank politischer Interessen.

In seiner Rede an uns Europaabgeordnete betonte er, dass Menschen im Mittelpunkt jeder Politik stehen müssen – nicht als passive Empfänger, sondern als aktive Mitgestalter. Gleichzeitig warnte er vor dem Verlust von Vertrauen zwischen Bürgerinnen und Bürgern und ihren politischen Vertretern. Dieses Vertrauen wiederherzustellen, ist eine der zentralen Aufgaben unserer Zeit.

Kirche & Politik: Ein gemeinsamer Weg?

Ich bin überzeugt: Der Einsatz für die Schöpfung und der Einsatz für den Frieden gehören untrennbar zusammen. Beides braucht eine klare moralische Orientierung – aber auch politische Verantwortung.

Glaube kann uns leiten. Politik muss ordnen. Europa muss schützen. Wenn wir diese Rollen respektieren, haben wir eine Zukunft. Wenn wir sie vermischen, riskieren wir alles.

Ich werde mit aller Kraft weiterhin dafür arbeiten, dass Europa ein Ort bleibt, an dem Werte zählen – und an dem Verantwortung gelebt wird.



@Hauptzollamt Frankfurt a. M.

Schmuggelware Natur

Wie der Zoll gegen illegalen Wildtierhandel kämpft

Vom Kaiserskorpion bis zum Kroko-Schuh – am Frankfurter Flughafen zeigt sich, welche Dimensionen der internationale Artenschmuggel hat und warum Europa bei Kontrolle und Zusammenarbeit nachschärfen muss. Die ÖDP-Europaabgeordnete Manuela Ripa, in ihrer Fraktion für das internationale Washingtoner Artenschutzabkommen CITES zuständig, hat sich vor Ort ein Bild gemacht.

Mehr als 28.000 geschützte Tiere, Pflanzen und aus ihnen hergestellte Produkte beschlagnahmten die Zollner am Frankfurter Flughafen im Jahr 2024. Darunter waren 17 lebende Kaiserskorpione, ein Giraffenfell und ein Mantel aus Wolfspelz. Die Zollner fanden zahlreiche Aloen, Kakteen und Orchideen, einen lebenden Stieglitz, Lederwaren aus Krokodilen und

Schlangen, Tigerkrallen, Haifischzähne und neun tote Milchhaie.

Der internationale Wildtierschmuggel ist ein globales Milliardengeschäft. Er ist auch ein wichtiges Schwerpunktthema für Manuela Ripa, Europaparlamentarierin der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Sie ist innerhalb ihrer Fraktion EVP für das Washingtoner Artenschutzübereinkommen CITES zuständig, hatte in dieser Rolle Ende 2025 das Europaparlament als Delegationsleiterin auf der Weltartenschutzkonferenz CITES COP20 in Samarkand vertreten.

An diesem Februartag ist Ripa an den Frankfurter Flughafen gekommen, um sich die Arbeit des Zolls in der Praxis anzusehen. Sie interessiert die Frage, wie sich die internationale Zusammenarbeit der Behörden stärken und das internationale Regelwerk im täglichen Einsatz effizient umsetzen lässt. Gerade mit Blick auf 2028 ist das wichtig: Dann beginnt in Brüssel eine neue Sieben-Jahres-Haushaltsperiode. Im Vorfeld diskutieren die EU-Institutionen intensiv darüber, für welche gesellschaftlichen Ziele und Maßnahmen die EU wie viel Geld ausge-

ben soll. Der Artenschutz ist für das Hauptzollamt Frankfurt am Main eines der wichtigsten Arbeitsfelder – in einer Reihe mit dem Kampf gegen Drogen- und Waffenschmuggel, Geldwäsche, Produktpiraterie und andere schwere Delikte. Entsprechend harte Sanktionen sind für illegalen Wildtierhandel vorgesehen. „Verstöße gegen das Washingtoner Artenschutzübereinkommen können Geldbußen bis 50.000 Euro zur Folge haben“, unterstreicht Sandra Schwan, Leiterin des Hauptzollamtes. „In besonders schweren Fällen drohen Freiheitsstrafen.“

Krokodilfleisch im Päckchen aus Australien

Die Aufklärung von Reisenden hilft schon ein Stück weit. Denn natürlich steckt nicht hinter jeder unerlaubten Aktivität eine kriminelle Absicht. So entdeckten die Zollner ein Päckchen aus Australien, mutmaßlich ein Präsent von Austausch-Studenten an ihre Eltern in Deutschland. Das Problem: Darin war Krokodilfleisch. Die fragliche Sorte ist in Australien als Lebensmittel erlaubt, im internationalen Warenverkehr aber verboten. „Reisende kennen die Regeln oft nicht genau“, sagt Thomas Greger, stellvertretender Leiter des Hauptzollamtes. „Deshalb ist aus meiner Sicht der beste Rat: Überhaupt nichts mitnehmen, das einmal gelebt hat.“

Und es gibt die vielen Fälle, in denen gar niemand auf Reisen gegangen ist. „Der illegale Online-Handel wächst, per Mausklick ist alles Mögliche schnell bestellt“, berichtet Greger. Das können zum Beispiel Produkte aus dem Bereich der traditionellen Medizin sein, häufig aus Asien oder Afrika. Der Frankfurter Flughafen beherbergt – ein Novum in Deutschland – ein internationales Post- und Kurierdienstzentrum. Dort wird der Zoll inzwischen am weitaus

häufigsten fündig. Welche Konsequenzen dem Käufer drohen, hängt von der Situation ab: Hat er oder sie zum ersten Mal bestellt? Sind es kleine Mengen, größere? Ist der Käufer gar selbst ein Zwischenhändler? Unwissenheit kann die Konsequenzen mildern, schützt aber nicht vor Strafe. All dies zu bewerten, ist nicht Sache des Zolls. „Wir haben hier wenig Spielraum, es greifen Routineverfahren“, sagt Schwan. Die Staatsanwaltschaft kommt ins Spiel, die häufig Strafverfahren einleitet und die Sachverhalte gründlich prüft. „Vom gesetzlichen Rahmen her sind wir gut aufgestellt“, so Schwan.

Tierärzte werden dringend gebraucht

Entsprechend wünscht sich der Frankfurter Zoll mehr Ressourcen für die Umsetzung dieses gesetzlichen Rahmens, wie er im Gespräch mit Manuela Ripa deutlich macht. Höchst willkommen wäre etwa mehr Unterstützung durch behördlich finanzierte Tierärzte, die bei den Kontrollen ihr Fachwissen einbringen könnten. „Tierärzte sind für die Arbeit des Zolls an den Außengrenzen extrem wichtig“, sagt Schwan. Ähnliches gelte für Pflanzenexperten. Und nicht zu vergessen die tierischen Helfer: Ohne die auf Artenschutz trainierten Hunde, die sich am Frankfurter Flughafen durch die Kofferreihen schnüffeln, würde die Arbeit des Zolls in diesem Bereich erheblich erschwert. Auch die Technik spielt eine entscheidende Rolle, gerade angesichts des wachsenden E-Commerce: Mehr Investitionen in Digitalisierung, international compatible IT-Systeme und moderne Kontrolltechnik wie etwa Scanner sind nötig. Mehr internationaler Warenverkehr erfordert eine intensivere internationale Zusammenarbeit der Behörden. Dabei seien aber weitere Aspekte zu berücksichtigen, wie Zoll-Expertin Daniela Schütz unterstreicht: „Dass Behörden zu wenig Daten austauschen, hat



©Hauptzollamt Frankfurt a. M.

„dafür zu sorgen, dass die illegale Ware gar nicht erst ins Flugzeug gelangt“, sagt Schwan. Es geht nicht nur um Herkunftsländer in Asien, Afrika und Lateinamerika - auch aus den USA zum Beispiel kommt immer wieder Schmuggelware an, etwa Krokodilleder.

Eigene Haushaltslinie für den Artenschutz

„Artenschutz ist keine abstrakte Aufgabe, sondern ganz konkrete Arbeit an unseren Grenzen und im internationalen Handel“, betont Manuela Ripa. Sie will sich dafür einsetzen, dass es in der kommenden Haushaltsperiode mehr Geld für den Artenschutz gibt, am besten eine eigene Budgetlinie, sowie ein spezielles Wildtier-Programm. Auch die Zoll-Kooperation brauche eine angemessene Finanzierung mit klaren Zielen und Prioritäten, so Ripa: „Wir müssen den Artenschutz konsequent nach vorne rücken - und dabei auch die Arbeit des Zolls unterstützen, der einen wichtigen Beitrag zum Schutz bedrohter Tier- und Pflanzenarten leistet. Der Schutz der Artenvielfalt ist letztlich der Schutz unserer eigenen Lebensgrundlagen.“

oft weniger mit fehlender Vernetzung zu tun als mit Datenschutz-Vorgaben.“ Hier gilt es, in einem heiklen Zielkonflikt die richtige Balance und kluge Lösungen zu finden.

All dies macht deutlich, dass auf europäischer und einzelstaatlicher Ebene eine solide Finanzierung ebenso nötig ist wie Konsequenz, Verantwortung und politischer Wille. „Der Artenschutz wird nicht überall gleich gut umgesetzt, weder innerhalb der EU noch global“, unterstreicht Schütz. Sinnvoll wäre es auch,

Frauengesundheit im Fokus: Neue Impulse für eine geschlechtersensible Gesundheitspolitik in Europa

Die Frauengesundheit rückt zunehmend in den Fokus der europäischen Politik. Dennoch bestehen weiterhin erhebliche strukturelle Defizite, insbesondere in der Forschung, Prävention und Behandlung geschlechtsspezifischer Erkrankungen. Vor diesem Hintergrund organisierte die ÖDP-Europaabgeordnete Manuela Ripa am 26. März 2026 eine Veranstaltung im Europäischen Parlament in Brüssel. Die Ver-

anstaltung trug den Titel „Advancing Women's Health: What Gender Differences in Recovery Mean for Policy and Practice“. Gemeinsam mit Organisationen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft brachte Manuela Ripa Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Forschung und Praxis zusammen, um zentrale Herausforderungen und Lösungsansätze für eine geschlechtersensible Gesundheitspolitik

zu diskutieren. In ihren Eröffnungsworten machte sie deutlich, dass viele medizinische Ansätze bis heute überwiegend auf Erfahrungswerten von Männern basieren. Dadurch würden spezifische Bedürfnisse von Frauen in Forschung und Versorgung noch nicht ausreichend berücksichtigt. Gleichzeitig wies sie auf bestehende Forschungslücken hin und betonte die Notwendigkeit, Frauengesundheit systematisch stärker in den Mittelpunkt politischer Entscheidungen zu rücken.

Die Veranstaltung griff damit ein Thema auf, das zunehmend auch auf europäischer Ebene an Bedeutung gewinnt. Mit der EU-Gleichstellungsstrategie und dem Fahrplan für Frauenrechte bestehen bereits wichtige politische Rahmenwerke. Entscheidend ist nun, diese mit konkreten Maßnahmen zu unterlegen und geschlechtersensible Ansätze systematisch in der Gesundheits- und Präventionspolitik zu verankern.

Ein besonderer Fokus der Diskussion lag auf der Frage, wie wissenschaftliche Erkenntnisse stärker in politische Entscheidungsprozesse überführt werden können. Beiträge aus der Forschung zeigten, dass geschlechterspezifische Unterschiede nicht nur den Zugang zu Behandlung, sondern auch den Verlauf und die Erfolgschancen von Genesungsprozessen maßgeblich beeinflussen. Entsprechend wurde die Notwendigkeit betont, Präventions- und Behandlungsstrategien stärker an den Lebens-

realitäten von Frauen auszurichten. Auch die Rolle der Europäischen Union wurde intensiv diskutiert. Obwohl Gesundheitspolitik in erster Linie in der Verantwortung der Mitgliedstaaten liegt, kann die EU durch Förderung von Forschung, den Austausch bewährter Praktiken und koordinierte Strategien einen wichtigen Beitrag leisten. Gerade bei Themen wie Stigmatisierung, Zugang zu Versorgung und geschlechtersensibler Prävention bestehen europaweit vergleichbare Herausforderungen. Ein weiterer zentraler Aspekt der Veranstaltung war die Bedeutung von Prävention. Dabei wurde deutlich, dass klassische Ansätze zunehmend an ihre Grenzen stoßen. Stattdessen braucht es evidenzbasierte Strategien, die die unterschiedlichen Lebensrealitäten junger Menschen berücksichtigen und diese aktiv in politische Prozesse einbeziehen. Prävention muss stärker auf Aufklärung, Teilhabe und eine realitätsnahe Ansprache setzen.

Die Veranstaltung im Europäischen Parlament hat gezeigt, dass ein wachsendes Bewusstsein für die Bedeutung der Frauengesundheit besteht - sowohl auf politischer als auch auf gesellschaftlicher Ebene. Sie leistete einen wichtigen Beitrag dazu, den Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis zu stärken und konkrete Impulse für eine moderne, geschlechtersensible Gesundheitspolitik in Europa zu setzen.





Gesunde Ernährung

Wenn gesunde Ernährung zur politischen Aufgabe wird: Neue Ansätze für faire und bezahlbare Ernährungssysteme in Europa

Wie können wir erreichen, dass gesunde Ernährung nicht vom Einkommen abhängt? Diese Frage stand im Mittelpunkt einer Veranstaltung im Europäischen Parlament, die von der Europaabgeordneten Manuela Ripa gemeinsam mit ihrem Kollegen Vytenis Povilas Andriukaitis von den Sozialdemokraten organisiert wurde.

In Kooperation mit FEAST, EuroHealth Net und EAT diskutierten Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Zi-

vilgesellschaft drüber, wie europäische Politik dazu beitragen kann, Ernährungssysteme so zu gestalten, dass sie Gesundheit fördern, statt gefährden.

Im Zentrum der Debatte stand die Vorstellung der Studie von FEAST („Food systems that support transitions to healthy and sustainable diets“), einem EU-geförderten Forschungsprojekt. FEAST verfolgt einen integrativen Ansatz: Forschung, politische Entscheidungsprozesse und praktische Erfahrungen werden miteinander verknüpft, um konkrete Lösungen für gesündere und nachhaltigere Ernährungssysteme zu entwickeln. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf sozialer Gerechtigkeit - also der Frage, wie gesunde Ernährung für alle Menschen zugänglich und bezahlbar werden kann.

Ergänzt wurde diese Perspektive durch die Arbeit von EAT. Die internationale Plattform hat gemeinsam mit der Lancet Commission die „Planetary Health Diet“ entwickelt - ein wissenschaftlich fundiertes

Modell, das zeigt, wie Ernährung gleichzeitig gesund und umweltverträglich gestaltet werden kann. Damit liefert EAT eine wichtige Orientierung für politische Entscheidungen im Spannungsfeld von Gesundheit, Klimaschutz und Landwirtschaft.

Die Diskussion machte deutlich, dass Ernährungsverhalten nicht allein auf individuellen Entscheidungen beruht. Vielmehr prägen strukturelle Faktoren wie Preisgestaltung, Verfügbarkeit und Vermarktung das tägliche Konsumverhalten. In einem Umfeld, in dem ungesunde Produkte oft günstiger und leichter verfügbar sind, wird die gesunde Wahl zur schwierigeren.

Vor diesem Hintergrund wurde ein Perspektivwechsel gefordert: Weg von der reinen Verantwortung des Einzelnen, hin zu politischen Rahmenbedingungen, die gesunde Entscheidungen erleichtern. Ein zentraler Ansatzpunkt ist dabei die ökonomische Steuerung. Diskutiert wurden unter anderem steuerliche Maßnahmen, Anreizsysteme sowie neue Instrumente, die stärker auf Prävention ausgerichtet sind. Gleichzeitig wurde betont, dass Ernährungspolitik nicht

isoliert betrachtet werden kann. Sie steht in engem Zusammenhang mit Agrarpolitik, Sozialpolitik und Umweltzielen. Die anstehenden Reformen auf europäischer Ebene, insbesondere im Bereich des EU-Haushalts und der Gemeinsamen Agrarpolitik, bieten die Chance, diese Politikfelder stärker miteinander zu verzahnen und gezielt auf Gesundheitsziele auszurichten. Die Debatten zum Mehrjährigen Finanzrahmen MFF für die Jahre 2028-2034, die zur Zeit im Europäischen Parlament stattfinden, müssen dem Rechnung tragen und dazu führen, dass ausreichend Finanzmittel dafür zur Verfügung stehen.

Die Veranstaltung hat deutlich gemacht, dass die Transformation des Ernährungssystems eine zentrale politische Aufgabe der kommenden Jahre sein wird. Ziel ist es, Strukturen zu schaffen, in denen gesunde und nachhaltige Ernährung nicht die Ausnahme, sondern die naheliegende Wahl ist.





Earth Overshoot Day im EU-Parlament

Junge Stimmen für mehr Klimaschutz und Nachhaltigkeit

Am 21. April durfte ich als Präsidentin von GLOBE EU – einer fraktionsübergreifenden Parlamentariergruppe, die sich intensiv mit Themen rund um das Leben und Wirtschaften innerhalb der planetaren Grenzen auseinandersetzt – Schülerinnen und Schüler sowie drei Lehrkräfte der vier Europäischen Schulen in Brüssel zur jährlichen Veranstaltung zum Earth Overshoot Day begrüßen. Die Veranstaltung fand in diesem Format nun bereits zum fünften Mal statt und ist somit auf bestem Weg, eine schöne Tradition zu werden. Besonders gefreut habe ich mich dieses Mal auch über die Online-Teilnahme einer Schülerin der Adani International School in Indien.

Die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler engagieren sich in einer „Climate Academy“, die der Philosophielehrer Matthew

Pye im Jahr 2012 ins Leben gerufen hat. Aus spürbarer Überzeugung und mit sehr viel persönlichem Einsatz bemüht er sich zusammen mit weiteren Kollegen darum, den jungen Menschen die systemischen Aspekte und komplexen Zusammenhänge der Klima- und Nachhaltigkeitskrise näher zu bringen und für einen verantwortungsvollen Umgang mit unseren ökologischen Ressourcen zu sensibilisieren.

Der Earth Overshoot Day erinnert uns jedes Jahr daran, dass wir eben jene Ressourcen unseres Planeten schneller verbrauchen, als die Erde sie regenerieren kann. Weltweit fiel dieser Tag 2025 auf den 24. Juli, für die Europäische Union jedoch bereits auf den 29. April. In diesem Jahr lag der europäische Overshoot Day am 3. Mai. Das zeigt sehr eindrucksvoll, wie massiv wir über unsere Verhältnisse und auf Kosten zukünftiger Generationen leben.

Gerade deshalb war es inspirierend zu erleben, mit welchem Engagement und welcher Ernsthaftigkeit sich die Schülerinnen und Schüler den drängenden Fragen unserer

Zeit widmen. Gemeinsam mit meiner Kollegin Sara Matthieu beantwortete ich in der ersten Gesprächsrunde Fragen zu fossilen Subventionen, ambitionierteren Klimazielen und verbindlichen Regeln für die Kreislaufwirtschaft. Die Jugendlichen wollten wissen, warum weiterhin klimaschädliche Strukturen unterstützt werden und wie die EU den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft entschlossener gestalten kann. Besonders intensiv diskutierten wir über die Bekämpfung von geplantem Verschleiß von Produkten, über langlebige und reparierbare Elektronik sowie die Verantwortung der Hersteller.

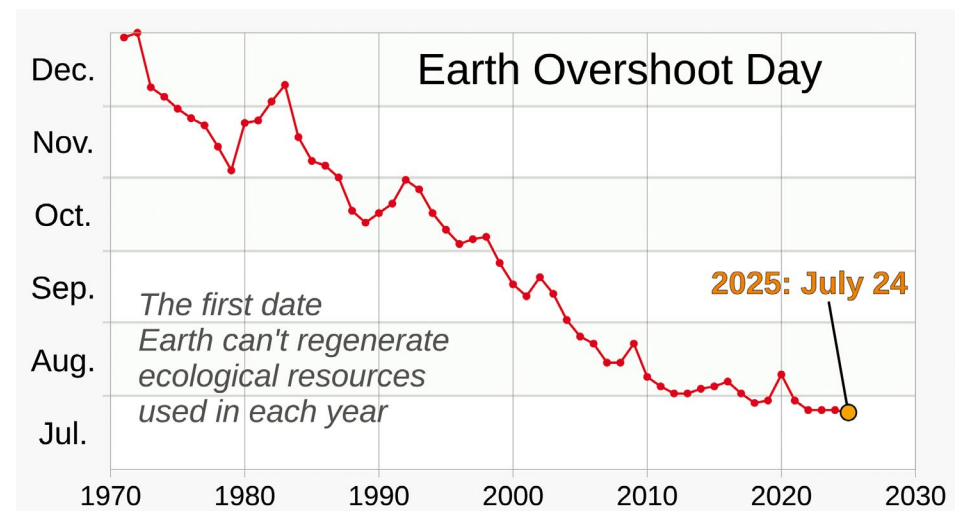
In einer zweiten Sitzung setzte ich die Diskussion gemeinsam mit dem Kollegen Bruno Tobback fort. Im Mittelpunkt standen Fragen zu Transparenz, Rechenschaftspflicht und der Vereinbarkeit aktueller Vereinfachungsvorschläge mit den Zielen des Green Deal. Auch Themen wie Fast Fashion, Umweltstandards und nachhaltige Lieferketten wurden kritisch angesprochen. Die Schülerinnen und Schüler machten deutlich,

dass sie von der Politik konsequentes Handeln erwarten, um Klima- und Biodiversitätsschutz glaubwürdig umzusetzen.

Eine besondere Ehre war zum Abschluss der Veranstaltung der Besuch der Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, die sich kurz Zeit nahm, die Jugendlichen zu begrüßen und ihnen für ihr Engagement zu danken.

Die Veranstaltung hat erneut gezeigt, wie wichtig der Dialog mit jungen Menschen ist. Ihr erstaunliches Wissen, ihre relevanten Fragen und ihr freiwilliges Engagement geben Hoffnung. Wenn wir den Earth Overshoot Day nicht jedes Jahr früher begehen und ein Leben im Einklang mit den planetaren Grenzen möglich machen wollen, brauchen wir genau diese Generation: kritisch, mutig und bereit, Verantwortung für unsere gemeinsame Zukunft zu übernehmen. Wer Interesse hat, in die Aufzeichnung der Veranstaltung reinzuschauen, findet sie unter diesem Link:

<https://www.globe-eu.org/globe-eu-overshoot-day-event-april-21-2026/>



... in aller Kürze

@Hauptzollamt Frankfurt a. M.



In Brüssel:

Europäisches Parlament
ASP 07F353, 60, rue Wiertz / Wiertzstraat 60
B-1047 Bruxelles/Brussel
Tel.: + 32/ 228 457 39
manuela.ripa@ep.europa.eu

In Straßburg:

Europäisches Parlament
Bât. LOUISE WEISS T06061
1, avenue du Président Robert Schuman
CS 91024, F-67070 Strasbourg Cedex
Tel.: +33/ 3 88 1 75739

In Saarbrücken:

Europa Bürgerbüro
Im Rosengarten 3, 66130 Saarbrücken
Tel.: 06 81/ 590 998 31
europabuero@manuela-ripa.eu

Kontakt Manuela Ripa:

-  www.manuela-ripa.eu
-  Facebook: @ripamanuela
-  Instagram: @manuela.ripa
-  Bluesky: @manuelaripa.bsky.social
-  Mastodon: @manuelaripa
-  LinkedIn: manuela-ripa-726437343
-  Youtube: @ManuelaRipa_MdEP

Wenn Sie weitere Exemplare
dieses Heftes erhalten
möchten, dann schreiben
Sie uns gerne an:
[europabuero@](mailto:europabuero@manuela-ripa.eu)
manuela-ripa.eu



Europäisches Parlament



Impressum

Inhalt & Redaktion: Manuela Ripa
Der Druck erfolgte auf
100 % Recyclingpapier.
Es handelt sich bei diesem Heft um
eine nicht verkäufliche Gratispublikation.



Ökologisch-
Demokratische
Partei

Die vorliegende Veröffentlichung wurde mit
Geldern des Europäischen Parlaments unterstützt.
Die Haftung für die Inhalte liegt allein bei den
Autoren. Das Europäische Parlament haftet nicht
für eine etwaige Weiterverwendung der darin
enthaltenen Informationen.